Arbeiterblatt

der

PROLETARISCHEN VEREINIGUNG OESTERREICHS

Nummer 19 Juni 1931

Kampf der Teuerung !

Die Weltbourgeoisie rüstet. Sie legt Riesenvorräte an, kauft alle zur Rüstungs-, Kriegsproduktion notwendigen Rohstoffe auf. So steigert sie immer mehr die Weltmarktpreise, die Teuerung.

Die Kapitalisten aller Länder steigern die Inlandspreise, wälzen die erhöhten Kosten der Produktion immer wieder auf die Massen ab: auf die Löhne der Arbeiter; auf die Gehälter der Angestellten, niedern Beamten; auf das kärgliche Einkommen der armen Mittelmassen.

Der kapitalistische Staat tut dasselbe. In doppelter Weise. Als Produzent steigert er die Preise seiner Produkte (Eisen usw). Als Transporteur steigert er die Tarife der Bahnen usw. Als Konsument wälzt er seine Mehrkosten auf die Massen ab, indem er deren Steuerlast vermehrt.

Heute sehen die österreichischen Massen besonders klar, dass nicht die Löhne die Preise treiben, wie die Bourgeoisie und ihre Soldschreiber immer wieder lügen, sondern dass die Ausbeuterklasse, indem sie die Preise immer höher treibt, die Löhne immer tiefer drückt. Wie oft haben sogar die Gewerkschaftsbürokratie und die SP sich dieses verlogenen Ausbeuterarguments bedient, um die Arbeiter vom Kampf um höheren Lohn abzuhalten! Die Tatsachen selbst entlarven sie heute als Helfer der Kapitalistenklasse gegen alle, die vom Verkauf der Arbeitskraft leben, als Helfer gegen die berechtigten Anstrengungen, die Hungerlöhne der Teuerung anzugleichen, die Hungerlöhne gegen die durch das Steigern der Preise betriebene kapitalistische Rauboffensive zu schützen.

Zweifach werden die Lohnempfänger durch die Teuerung geschädigt. Durch eine gewisse Zeit werden sie von den steigenden Preisen voll getroffen, denn das Anpassen ihrer Löhne hinkt der wachsenden Teuerung nach. Und fast immer werden sie mit einer "Aufbesserung" abgefertigt, die ihnen nur einen Teil dessen bringt, was ihnen die Bourgeoisie mittels der Teurung wegnimmt.

x

Muss das so sein, dass die ausgebeuteten werktätigen Massen, die nicht genügend verdienen, um menschenwürdig leben zu können, sich immer mehr einschränken müssen, damit die Profitmacher ihr Leben in Hülle und Fülle weiterführen können? Wäre es nicht gerechter, dass die Profitmacher ihre Lebenshaltung einschränken?

Wieso setzt sich in "unserer" (kapitalistischen!) Wirtschaft, in "unserem" (kapitalistischen!) Staat, in "unserer" (kapitalistischen!) Demokratie immer wieder die schreiende Ungerechtigkeit durch, dass die Klasse der Drohnen, der Profitmacher in Ueberfluss lebt, während die ausgebeuteten Massen, von deren Arbeit die Gesellschaft lebt, in ihrer ärmlichen Lebenshaltung immer wieder und immer mehr beschränkt werden?!

Erstens. Die Bourgeoisie sieht auf i h r e n Vorteil und handelt danach. Sie lässt sich nichts vormachen von jenen, die in der Klassengesellschaft, Klassenwirtschaft vom "Handeln nach dem G e s a m t interesse" schwadronieren, um die Masse von dem einzigen Weg abzuhalten, der ihnen gegen die kapitalistische Profitgier hilft: vom Kampf für die eigenen Interessen der Massen,

vom Kampf heute insbesondere um höhere Reallöhne auf Kosten des Profits.

Zweitens. Auf sich selbst gestellt vermöchte heute die Bourgeoisie ihre Profitinteressen nicht durchzusetzen. Sie ist nur ein kleiner Teil der Gesellschaft. Aber sie hat innerhalb der Massen einen Verbündeten: die entartete, auf ihren selbstsüchtigen Vorteil bedachte Arbeiterbürokratie. Immer wieder posaunen diese Lakaien der Kapitalistenklasse: "Sichert den sozialen Frieden!" Allen solchen Rufen gegenüber bleibt die Ausbeuterklasse stocktaub. Sie geht konsequent nach i h r e m Vorteil. Doch es ist ihr sehr recht und sehr nützlich, dass ihr Verbündeter mit dem Lockruf "Sozialer Friede"! die Massen einlullt, sie vom konsequenten Kampf für ihre eigenen Interessen abhält und es so der Bourgeoisie ermöglicht, auch heute noch, weiterhin immer wieder ausgiebige Profite auf Kosten der Massen zu erzielen, die es ihr ermöglichen, in Saus und Braus zu leben. Gerade für diesen Judasdienst hat die Bourgeoisie die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bürokratie gewonnen, sie entlohnt sie dafür - auf Kosten der Massen - mit hohen Stellen samt hohen Einkünften, Ehren, Vorteilen aller Art.

Zuerst muss ausgiebiger Profit für die Ausbeuterklasse gesichert sein, dann erst kommen die Interessen der Massen - das ist die tatsächliche Leitlinie der SP und ihrer Gewerkschaftsbürokratie.

Mit Recht wirft B e v a n der Labourregierung vor, dass sie die Armen noch ärmer gemacht, die Reichen aber reicher. Das gilt für die Politik a l l e r sozialdemokratischen, labouristischen Parteien, für die Politik ihrer Gewerkschaftsbürokratie, der amerikanischen inbegriffen.

Bevan spricht mit seiner Kritik die Wahrheit. Ehrlich zeigt er die Wirkungen der Labourpolitik für die Massen. Was er freilich noch nicht erkennt, das ist die Tatsache, dass es die Grundlinie a l l e r sozialdemokratischen, labouristischen und gewerkschaftsbürokratischen Politik ist, zwangsläufig die Reichen immer reicher, die Armen immer ärmer zu machen, in England, USA usw und auch in Oesterreich.

Zweifellos bietet der (kapitalistische!) demokratische Weg den Massen weit günstigere Kampfbedingungen, als der Feudalismus oder der Faschismus. Das besagt aber keineswegs, dass dieser Weg zum Sozialismus führe, wie Bevan ehrlich vermeint. Denn auf dem Weg der kapitalistischen Demokratie bleibt die Aktion der Massen gebunden an die Schranken des Profits, bleibt sie unterworfen den Klasseninteressen der Bourgeoisie. Der kapitalistisch-demokratische Weg verkürzt nicht, sondern verlängert, erschwert die Geburtswehen der hochkapitalistischen Gesellschaft, die mit dem Sozialismus schon lange schwanger geht, und diejenigen, die darunter am meisten leiden, das sind gerade die Arbeiterschaft, die Massen. Das englische Proletariat wird die Illusionen Bevans mit schwerem Lehrgeld zu zahlen haben. Jedenfalls jedoch signalisiert sein Auftreten, dass der Glaube an die Labourpolitik in den englischen Massen zu wanken anfängt. Tastend beginnen die englischen Arbeitermassen nach einem anderen Weg, nach dem proletarischen Klassenweg zu suchen. Sie werden ihn durch manche bittere Irrtümer hindurch schliesslich finden.

In Oesterreich hat es die SP sogar offen gewagt auszusprechen, dass der Profit ihr vor den Massen geht, dass der Profit das oberste Gesetz ist ihrer Politik. Am 13. April 1951 schrieb die Arbeiter-Zeitung - jeder Arbeiter soll das nochmals lesen und gut durchdenken: "Die österreichische Arbeiterschaft (gemeint ist die SP und die Gewerkschaftsbürokratie) hat n i e m a l s sozialpolitische Forderungen ohne Rücksicht auf die Lage der (k a p i t a l i s t i s c h e n!) Wirtschaft erhoben". Zuerst kommt der Profit für die Kapitalistenklasse, dann erst

kommt die Sozialpolitik, die Sozialpolitik für die Massen darf niemals den Profit beeinträchtigen da seht Ihr das wahre Gesicht der SP und der Böhm, Mantler & Co! Arbeiter! Durchdenkt diese Worte der Arbeiterzeitung! Könnt Ihr eine solche Partei noch als Partei der Arbeiterklasse, als Arbeiterpartei betrachten, behandeln? Kein denkender Arbeiter darf das!

x

Wer ober-flächlich prüft, dem scheint es, als würde hier die Kritik der Kremlpartei an SP und Gewerkschaftsbürokratie wiederholt. Keineswegs! Denn der Stalinpartei geht es überhaupt nicht um die Lebenshaltung der Massen, sondern ausschlaggebend um das egoistische Interesse des Kremls, der Stalinbürokratie, sich an Macht, Privilegien, Futtertrog und ihren Vorteilen weiter zu behaupten.

Auf dem Parteitag der KP Italiens erklärte jüngst Togliatti namens der Partei: Gegenüber einer (kapitalistischen!) Regierung, die die gegenwärtige Aussenpolitik radikal ändert, sei die Stalinpartei bereit, die Opposition in- und ausserhalb des Parlaments aufzugeben. Das würde zu einer "E n t s p a n n u n g" im Verhältnis der sozialen Kräfte Italiens führen. (Siehe den stalinschen "Vorwärts", Basel, 6.4.1951).

Macht eine der Stalinbürokratie günstige Aussenpolitik! - in diesem Fall ist die KP bereit, den Massenkampf gegen die kapitalistische Regierung einzustellen, den Massenkampf gegen die Ausbeuterklasse zu "e n t s p a n n e n", das heisst, die Interessen der Massen den Ausbeuterinteressen, den Profitinteressen preiszugeben, - das ist die Linie der Stalinparteien in den kapitalistischen Ländern. Das ist die Linie auch des von der Stalinbürokratie beherrschten Gewerkschaftsbundes Italiens und der stalinschen Gewerkschaftsbürokratie in den kapitalistischen Ländern. Das Verhältnis der Kremlbürokratie, ihrer Stalinparteien, ihrer Gewerkschaftsbürokratie zu den Interessen der Massen ist also genau so v e r r ä t e r i s c h, wie das der SP, LP und ihrer Gewerkschaftsbürokratie.

Arbeiter! Dürft Ihr einer Partei wie der KP, die in Oesterreich die Koalition ~~mit~~ der SP mit der Bourgeoisie bekämpft, wo es ihr aber in den Kram passt, wie jetzt in Italien, der Bourgeoisie die Koalition anbietet, also inn der wichtigsten Frage der proletarischen Politik überhaupt, nämlich in der Frage des Verhältnisses der Arbeiterklasse zur Kapitalistenklasse, b e w u s s t e n B e t r u g an der Arbeiterschaft, an den Massen betreibt, dürft Ihr eine solche Partei als Partei der Arbeiterklasse, als Arbeiterpartei betrachten, behandeln?

x

Welche Lehren für die Massen ergeben sich daraus?

1. So wie die Bourgeoisie auf ihren Vorteil schaut und sich durch kein Gerede vom "Gemeinwohl", "Sozialen Frieden" davon abbringen lässt, genau so müssen auch die Massen handeln. So wie die Ausbeuterklasse, so müssen auch die Arbeitermassen, die ausgebeuteten Massenü berhaupt z auf ihren eigenen Vorteil achten und konsequent für ihre eigenen Interessen kämpfen.

Darum müssen die Massen heute, angesichts der schamlosen Teuerungsoffensive, die die Bourgeoisie rücksichtslos gegen die Massen immer weiter vortreibt, dafür kämpfen: dass die Löhne, Gehälter automatisch immer wieder erhöht werden, kurz ausgedrückt, sie müssen erkämpfen den gleitenden Lohn.

Die Gewerkschaften und die Konsumvereine - unter wirksamer, demokratischer Kontrolle ihrer Mitglieder, insbesondere der Hausfrauen der ausgebeuteten Werktätigen - sollen jeden Monatsanfang verlautbaren, um wie viel Lohn, Gehalt im verflossenen Monat durch das Steigen der Preise entwertet wurden: die um denselben Prozentsatz erhöhten Löhne, Gehälter müssen automatisch Monatsmitte in Kraft treten. Sollten die Verluste zu gross sein, die die Mason infolge des "Nachhinkens" bei dem raschen Tempo der Teuerungslawine erleiden, so müsste dieses Verfahren halbmonatlich,

schliesslich wöchentlich sinngemäss durchgeführt werden.

Die Massen müssen die sogenannten Arbeiterpartein samt Gewerkschaften, Konsumvereinen durch ihren Druck zwingen, mit Hilfe der dafür zu mobilisierenden Massen dies als G e s e t z im Parlament durchzusetzen.

2. Auf dieser Linie kämpfend werden die Massen bestimmt Erfolge erzielen. Aber sie müssen sich klar bewusst sein, dass alle ihre Erfolge solange nur v o r ü b e r g e h e n d e Bedeutung haben, solange der Ausbeuterklasse die zwei Haupthebel der kapitalistischen Klassenmacht bleiben: das Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln und der nach den Klasseninteressen der Bourgeoisie aufgebaute Staatsapparat. Mittels dieser zwei Hebel ist die Bourgeoisie imstande, jede Konzession, die sie Euch macht, im Laufe einer gewissen Zeit immer wieder zu durchlöchern, zu entwerten, ja im geeigneten Moment zu beseitigen.

Die zweite Lehre lautet daher: Die Massen müssen jeden Tageskampf stets verknüpfen mit dem Kampf zum Sturz der Bourgeoisie und zur Beseitigung j e d e r Form des kapitalistischen Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln.

Auf die verstaatlichten Betriebe hinweisend, erklärte Minister Waldbrunner:" Ein wichtiger Grundstock unserer Industrie ist dem Kapitalismus entrissen" (siehe AZ 4.3.51). Lasst Euch nicht täuschen! Die Verwandlung des Eigentums einzelner Kapitalisten oder kapitalistischer Gruppen in Eigentum des (K a p i t a l i s t i s c h e n ! ! !) Staates ändert nichts daran, dass die verstaatlichten Produktionsmittel dem Profit, dem Kapital dienen. Der in den Staatsbetrieben erzielte Profit fliesst nicht diesem oder jenem Privatkapitalisten, nicht dieser oder jener privatkapitalistischen Gruppe zu, das ist wahr, aber er dient dem kapitalistischen Gesamtinteresse, er kommt - durch die Transmissionsriemen des (kapitalistischen!!!) Staates dem gesamtkapitalistischen Interesse zu gute, das ist dem Interesse a l l e r Kapitalisten als K l a s s e !

3. Damit die Produktion ihren kapitalistischen, ihren ausbeuterischen Charakter verliere, müssen die entscheidenden Produktionsmittel gemeinsam verwaltetes Eigentum werden a l l e r, die vom Kapital ausgebeutet werden, das ist der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, unter Führung der Arbeiterklasse. Sie müssen Eigentum werden eines Staates, in dem die tatsächliche Macht und Kontrolle über Wirtschaft und Staat ausgeübt wird durch die ungeheure Volksm e h r h e i t der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, unter Führung der Arbeiterklasse.

Im (b ü r g e r l i c h) demokratischen Staat der SP, LP, ihrer Gewerkschaftsbürokratie bleibt - trotz Attlee, Moch, Helmer & Co - die tatsächliche Macht und Kontrolle über Wirtschaft und Staat in den Händen der Ausbeuterklasse. Den ausgebeuteten Massen kann helfen nur die p r o l e t a r i s c h e Demokratie. Sie gibt die Macht und Kontrolle über Wirtschaft und Staat wirksam in die Hand der grossen Volksmehrheit der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, unter Führung der Arbeiterklasse. Nur die p r o l e t a r i s c h e Demokratie hilft den Massen! Nur der p r o l e t a r i s c h demokratische Staat!

Die proletarische Demokratie ist da das gerade Gegenteil der "Volksdemokratie"! Diese stürzt zwar die Bourgeoisie und enteignet sie, aber sie gibt diese Produktionsmittel in Eigentum, Kontrolle des "volksdemokratischen" Staats. Dessen Wesen besteht aber darin, dass er auch die ausgebeuteten Massen entrechtet, von der realen Macht, Kontrolle über die Produktionsmittel ausschaltet, diese Macht und Kontrolle in die Hände spielt der Stalinbürokratie, die ihre Diktatur auch über die Massen errichtet, diese unterdrückt, betrügt, begaunert, bestiehlt.

Der Wirkung nach bewegt sich die "volksdemokratische" Politik auf einer Linie, die die zurückgebliebenen Länder - auf Kosten der Massen -

letzten Endes einem allermodernsten Kapitalismus zupeitscht, nämlich dem staatsmonopolistischen Kapitalismus. Welches immer die Absicht der Stalinbürokraten, ihre Politik w i r k t diese R i c h t u n g. Sie züchtet in der Stalinbürokratie und um sie herum neue kapitalistische Elemente. Wenn nichtdie Weltarbeiterklasse den russischen Arbeitern und armen Bauern hilft, rechtzeitig die Stalinbürokratie zu stürzen und die entartete SU proletarischdemokratisch zu reformieren, so werden die neuen kapitalistischen Elemente schliesslich die Macht in der SU an sich reissen.

4. SP, LP (samt ihrer Gewerkschaftsbürokratie) kämpfen für die Erhaltung der (kapitalistischen !) Demokratie, also das kapitalistische Ausbeutungssystem. Das ist die Wirkung ihrer Politik, welches immer ihre Absichten.

Die Stalinparteien (samt ihrer Gewerkschaftsbürokratie) kämpfen für die "Volksdemokratie" die - sogar wenn sie sich gegen die Imperialisten, die Privatmonopolkapitalisten behaupten sollten - letzten Endes dem Staatsmonopolismus zutreiben, also das kapitalistische Ausbeutungssystem fortsetzen.

Es genügt nicht, die Bourgeoisie zu stürzen, zu enteignen, das Allerentscheidendste ist, dass die tatsächliche Macht und Kontrolle über Wirtschaft und Staat in die Hände kommen muss der riesigen Volksmehrheit der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, unter Führung der Arbeiterklasse!

5. Um den Kampf für die Errichtung, Behauptung der proletarischen Demokratie erfolgreich, siegreich zu führen, müssen die Massen sich aufbauen die Proletarischdemokratische Arbeiterpartei. Sie allein ist die Vorkämpferin für die tatsächliche, wirksame demokratische Macht und Kontrolle über Wirtschaft und Staat der ungeheuren Volksmehrheit der Arbeiter, Angestellten, niedern Beamten, armen Bauern, Kleinbürger, unter Führung der Arbeiterklasse.

Hand in Hand damit muss erkämpft werden die Demokratisierung der Gewerkschaften und der Konsumvereine. Sie müssen Organisationen des proletarischen Klassenkampfes wieder werden, ständig unter wirksamer proletarischdemokratischer Kontrolle ihrer Mitglieder.

x

Nur indem die Massen, unter Führung der Arbeiterklasse, die p r o l e t a r i s c h Demokratie zum Siege führen, verwirklichen, behaupten, befreien sie sich selbst von der kapitalistischen Lohnsklaverei, von jeglicher Fron der Ausbeutung. Dauernd wachen sie darüber, dass keine neuerlichen bürokratischen Entartungen sie um die Früchte ihrer Anstrengungen bringt.

So und nur so öffnen die Massen der Menschheit den einzigen Weg, auf dem sie die proletarische Demokratie schliesslich in die s o z i a l i s t i s c h e Demokratie umwandeln werden. In ihr wird die Spaltung der Gesellschaft in Klassen allmählich schwinden, bis schliesslich alle Menschen zu einer Weltgenossenschaft vereint, organisiert, frei von Wirtschaftskrise, brüderlich die kollektive Produktion betreiben, deren Früchte, materiell und kulturell, brüderlich genossen werden.

Wer mittels Wahlen die Kapitalisten zu schlagen vorgibt, der betrügt die Arbeiter

Das lehrte uns die Vergangenheit, und beweist nun die Gegenwart. Sobald die Gefahr für die Kapitalistenklasse, durch eine proletarische Revolution liquidiert zu werden, vorüber ist und die Wirtschaft sowie der Machtapparat (Staat) wieder hergestellt sind, und sobald sich Zeichen der Weltwirtschaftskrise zeigen, dann gehen die Kapitalisten daran, die Lakaien der "Arbeiterparteien" zur Seite zu schieben, den Arbeitern die sozialen Errungenschaften zu beschneiden, zur Behauptung ihres Prodits. Vorerst versuchen sie es mit Wahlen, und wollen sie eine unbedingte Rechtsverschiebung herbeiführen, dann schaffen sie sich ein neues Wahlgesetz (Listenkopplung der Ko-

alitionsparteien), siehe Italien. Wenn die österr.KP triumphiert, der Linksblock in Italien habe gewonnen, so trifft das nicht zu. Einige Beispiele zum Beweis: Volksstimme vom 31.5.51:
Mailand: Christliche Demokraten 12o.ooo verloren, Rechtssozialisten 14 ooo verloren, Linksblock 11 ooo gewonnen, (fehlen 123 ooo Stimmen). Trient: C.D. 17,7oo (1948 25 2oo) Linksblock von 5 5oo auf 8 ooo erhöht, (fehlen 5 ooo Stimmen). Genua: C.D. 41 ooo Stimmen verloren. Auf Grund des neuen Wahlgesetzes erhalten sie, obwohl sie in dieser Stadt mit 7oo ooo Einwohnern nur 5 ooo Stimmen mehrbekamen als die KP, dennoch zwei Drittel der Mandate.

Für uns ergibt sich folgendes: Die Rechtsparteien sind noch mehr nach rechts gerückt, denn die Stimmen, die die C.D. verloren haben, (Mailand 123 ooo, Trient 5 ooo, und Genua 41 ooo usw) kommen dem Neofaschismus zugute. Wenn in einer bürgerlichen Demokratie solche Wahlen stattfinden, sind sie für das Kapital das Barometer zum Prüfen der Massenstimmung, für die Arbeiterklasse aber bleiben sie eine Illusion, denn nie und nimmer führen sie zum Ziel des Proletariats, zur Aufhebung aller Knechtschaft. Der Weg zu diesem Ziel führt nur über die proletarische Demokratie, aber Vorerst muss die Arbeiterklasse die zwei wichtigsten Hebel in ihre Hände bekommen; die entscheidenden Produktionsmittel und den Machtapparat (Staat). Das gelingt aber niemals durch Wahlen.

Demokratische Sozialisten

Die AZ vom 28.4.51 schreibt:
"Richard Stokes, der bisherige LP-Minister für öffentliche Arbeiten, wird mit dem Titel eines Lordsiegelbewahrers ein neues Ministerium leiten, das die Beschaffung und Verteilung der lebenswichtigsten Rohmaterialien zur Aufgabe hat. (Am 27.4. wurde seine Ernennung bekanntgegeben). Stokes ist eine energische Persönlichkeit und ein Original. Er ist von Beruf Generaldirektor einer grossen Maschinenfabrik. Als solcher schlug er 1937 der konservativen Regierung vor, Tanks zum Selbstkostenpreis zu liefern (ein wahrer Patriot) weil er als Sozialist an Kriegsmateriallieferungen nichts verdienen wollte. Sein Angebot wurde mit Entsetzen abgelehnt."

In ihrem krankhaften Trieb nach Originalität skizziert uns hier die AZ ein aufschlussreiches Bild der leider so zahlreichen Herren des demokratischen Sozialismus. Wie wir sehen, ermöglicht dieser den Parteibürokraten eine fast grenzenlose politische (ja zum Teil sogar wirtschaftliche) Ausschmarotzung der Werktätigen und bietet ihnen enorme Aufstiegsmöglichkeiten. So können sie Patrioten, Minister, Generaldirektoren, Rüstungsmagnaten u. manch anderes sein und ungestraft behaupten, dass sie trotz allem noch immer Sozialisten sind. Sie fürchten nichts mehr, als den wahren Sozialismus, das Erwachen des Klassenbewusstseins der Ausgebeuteten, die Errichtung einer proletarischen Demokratie mit ihren strengen Kontrollen (Festsetzung der Gehälter der Parteibeamten, jederzeitige Wähl- und Absetzbarkeit usw) denn dann wäre es ja mit dem ach so ertragreichen Ausschmarotzen der Werktätigen zu Ende.